Spangenberger Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

Erscheint
wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Vierteljahr 12.00 Mk. frei ins Haus, einschließlich der Beilage Haus und Herd.
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 13.50 Mk.
Telegramm-Adresse: Zeitung. Fernsprecher Nr. 27.

Anzeigen
werden die sechsgespaltene 3 mm hohe (Petit)-Zeile oder deren Raum mit 1.— M berechnet; auswärts 1.30 M. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 3.— Mk. Verbindlichkeit für Platz-, Datenvorschrift und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen auf Postscheckkonto Frankfurt a. M. Nr. 20771.
Annahmegebühr für Offerten und Auskunft beträgt 50 Pf.
Zeitungsbeilagen werden billigst berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer, Spangenberg • Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Nr. 52. Donnerstag, den 4. Mai 1922. 15. Jahrgang

Aus der Heimat

Spangenberg, den 4. Mai 1922.

Einbruchsdiebstahl. In einer der letzten Nächte wurde in den Büroräumen der Hess. Papier und Kartonagen-Industrie eingebrochen. Die Diebe hatten es nur auf Geld abgesehen, und hießen einen größeren Geldbetrag mitgehen.

Monatskarten und Lebensmittelpreise. Eine Monatskarte 3. Klasse auf 10 km kostete im Frieden (1914) 6,90 Mark — 34,5 Liter Milch zu 20 Pfennig das Liter. Jetziger Preis der Monatskarte 74 Mark — 11,2 Liter Milch zu 6,60 Mark das Liter. An der Preissteigerung der Milch gemessen, müßte die Monatskarte statt 74 Mark also 228 Mark kosten. Bei 25 km: Preis der Monatskarte 3 Klasse im Frieden (1914) 14,60 Mk. = 73 Liter Milch zu 20 Pfennig. Jetziger Preis der Monatskarte 179 Mark — 27 Liter Milch zu 6,60 Mk. Infolge der Preissteigerung der Milch müßte die Monatskarte 482 Mk. statt 179 Mk. kosten.

Rückgang der Referendare. Seit dem Jahre 1910 sinkt in Preußen die Zahl der bei den Justizbehörden beschäftigten Referendare stetig. Sie betrug am 1. August 1920 noch 770!, jedoch am 1. August 1921 nur noch rund 4000.

Vergebung von staatlichen Aufträgen an Kriegsbeschädigte selbständige Arbeiter. Das Bayerische Gesamtstaatsministerium hat in einer Bekanntmachung auf den schweren wirtschaftlichen Schaden hingewiesen, den zahlreiche selbständige Handwerker infolge des Heeresdienstes durch den Stillstand ihres Geschäfts und den Verlust ihres Kundenkreises erlitten haben, und es als Aufgabe aller Behörden bezeichnet, bei der Vergebung von staatlichen Aufträgen Kriegsteilnehmer, und vor allem Kriegsbeschädigte, und in besonderem Maße zu berücksichtigen. Die Amtsstellen der sozialen Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge sollen geeignete Handwerker auf Wunsch namhaft machen. Diese Bekanntmachung ist im Reichsversorgungsblatt 1922 Blatt 3 unter Nr. 40 mitgeteilt worden, um der nachahmenswerten Fürsorge auch außerhalb Bayerns Geltung zu verschaffen.

Kahles Höhenschichtenkarte von Rotenburg a. d. Fulda. Herausgegeben vom Alheimerverein zu Rotenburg. 1:50000. Preis 7,50 Mk. Verlag der Hofbuchdruckerei Eisenach H. Kahle. Die 2. Auflage der geschätzten und beliebten Wanderkarte, die soeben im Buchhandel erscheint, unterscheidet sich von der 1. Fassung in mancherlei Punkten. Zuerst ist der Umfang der Karte im Norden erweitert, sodaß das malerische Spangenberg mit samt seinen Zugängen sowie das sehenswerte Melsungen im Bereich des dargestellten Geländes liegen. Des weiteren ist die Darstellung in Höhenschichten, die sich bei den Rhönkarten so ausgezeichnet bewährt hat, auf das vorliegende Blatt übertragen worden, sodaß das Kartenbild auch vorzügliche ästhetische Wirkungen besitzt. Die Bezeichnung der Wanderwege ist sorgfältig verbessert, auch ist der Wald durch Signaturen dargestellt, sodaß die Karte allen Ansprüchen genügt. Demzufolge darf die Karte, auf der in der Mitte Rotenburg a. F. gelegen ist, und die im Süden bis in die Herselder Gegend reicht, auf das Wärmste empfohlen werden. Ein Verzeichnis der beliebtesten Wanderwege und kurze Mitteilungen über die Hauptplätze des dargestellten Gebietes sind der Karte beigegeben. Die Hauptverdienste um die Neugestaltung der Karte hat sich wiederum Herr Dr. Eyrodt in Rotenburg erworben.

Aus Nah und Fern

Adelshausen. Der Kriminalpolizei ist es gelungen, die Urheber der Diebstähle von Kupferdraht auf der Eisenbahnstrecke Malsfeld — Spangenberg festzunehmen. Es handelt sich um einen Schlosser und zwei Arbeiter, sowie einen Händler aus der Karlstraße in Cassel, der den Dieben den erbeuteten Kupferdraht abgekauft hat. Die Diebstähle, durch die der Drahtverkehr auf den Strecken wiederholt lahmgelegt worden ist, sind nachts verübt worden. Noch in gleichen Nacht brachten die Diebe die erbeuteten Waren zu dem Hehler in der Karlstraße.

Mühlhausen. Das seltene Fest der diamanten Hochzeit konnte in geistiger und körperlicher Frische das Christoph Emmelmannsche Ehepaar in Rockensußra feiern.

Bad Wildungen. Die Ziege eines hiesigen Einwohners brachte vier Lämmer mit einem Wurf zur Welt. Bei den jetzigen Fleischpreisen besonders begrüßenswert!

Aus der Rhön. Der berüchtigte Einbrecher und Wilddieb Christ. Klotzbach aus Stadtlengsfeld, ein zirka 70 Jahre alter Mann, der schon viele im Zuchthaus zugebracht hat, wurde vom Eisenacher Landgericht jetzt wegen erneuter Wilddieberei zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Bei seiner Verhaftung wurden in seinem Rucksache große Mengen Schlingen und Jagdpatronen gefunden.

Fulda. In einem Nachbardorfe ging der Ortsdiener mit der Schelle in der Hand durchs Dorf und rief aus: „Die Leute, die dieses Jahr Kinder haben wollen, sollen sich beim Ortsvorsteher melden der besorgt das Nötige." — Der Hüter des Gesetzes meinte natürlich Stadtkinder, die aufs Land zur Erholung kommmen sollen.

Die Selbsthilfe beim Bauen

verbilligt wesentlich die hohen Baukosten, namentlich wenn die Bausteine, wie z. B. die AMBI-Steine der seit langem bewährten AMBI-Massivbauweise (D. R. P und Weltpatente) im einfachsten Stampfverfahren unmittelbar an der Baustelle aus überall vorhandenen Rohstoffen (Kies-Sand, Koks-Schlacke usw.) hergestellt werden. Es sind keine komplizierten und teueren Baumaschinen notwendig, sondern lediglich die einfachen AMBI-Formen, welche auch leihweise abgegeben werden. Große Ersparnisse an Transportkosten, Lohn und Zeit. „AMBI-Massiv" ist die beste Siedlungsbauweise und erhielt im Weltbewerb des Deutschen Zement-Bundes (Herbst 1921) unter 54 Bewerbern den ersten Preis. Fordern Sie Druckschriften M der Firma AMBI-Werke Abt. II/J. 52 Berlin SW 68, Kochstr. 18.

Spitzen.

Roman von Paul Lindau.

Copyright 1920 by Wiemanns Zeitungsverlag, Berlin W 66.

Fürst Ulrich trauerte tief und wahr um den dahingegangenen milden und stillen Mann. Er studierte damals in Bonn, war bei den „Preußen", und sein Ruf als einer der ausgezeichnetsten Korpsstudenten war im ganzen Kösener S. C. festbegründet. Er war ein vorzüglicher Schläger, ein Meister in allen anderen körperlichen Uebungen; er war unüberwindlich an der Kneipptafel, verlor nie die Direktion und bewährte in allen Streitfragen, die zwischen den verschiedenen Korps sich erhoben, die größte Schneidigkeit und vollkommenen Takt. Die übermütigsten Streiche wurden ihm nachgezählt, von denen freilich nur der geringere Teil wahr war; aber auch dieser genügte, um den Beinamen des „tollen Ulrich", der ihm in Heidelberg bei den Saxo-Borussen beigelegt, der ihm nach Bonn zu den Borussen gefolgt war, und der ihn auch später noch nach Berlin begleitete, vollkommen zu rechtfertigen.

Fürst Ulrich war eine Hünengestalt; es fehlte ihm etwas über einen Zoll an sechs Fuß. Er trug sein aschblondes, schlichtes Haar ziemlich kurz, an seinen starken weichen Vollbart von etwas hellerer Färbung war nie ein Schermesser gekommen. Er hatte helle, bläulich-graue, sehr kluge und gutmütige Augen. Seine ganze Erscheinung machte den Eindruck des Vornehmen und Liebenswürdigen. Er gehörte zu den wenigen, die Männer und Frauen gleichermaßen gefallen.

Aber er litt an einer vererbten Gebrechlichkeit, die so wenig sie auch von anderen bemerkt wurde, ihn doch im Innern tief wurmte, weil sie ihn daran verhindert hatte, sich dem Soldatenstande, für den er Feuer und Flamme war, zu widmen.

In der fürstlich Engernheimschen Familie zeigte sich seit unvordenklichen Zeiten eine Eigentümlichkeit, die wie die Warze der Bourbonen, der schmale Schädel der Habsburger, der Blick der Montmorecy, bald in größeren, bald in kleineren Zwischenräumen, bisweilen von Vater auf Sohn, mitunter auch mit Ueberspringung von mehreren Geschlechtern, bald stärker bald schwächer immer wiederkehrte: eine ungewöhnliche Bildung und damit verbundene Schwäche des linken Fußes. Die Familienchronik der Engernheim verzeichnet schon im dreizehnten Jahrhundert einen tapferen Herrn als „Archibald den Lahmen". Auch Ulrichs Großvater, dessen Namen er geerbt hatte, der Vater des Fürsten Günther, hatte — und zwar an einer hochgradigen Verbildung des linken Fußes gelitten; beim jungen Ulrich zeigte sich diese sonderbare Vererbung nur in abgeschwächtem Maße, nur in einer gewissen Schwäche des Fußes, die aber doch bei aufmerksamer Beobachtung in seinem Gange bemerkbar wurde. Er zog den linken Fuß etwas nach sich und schleifte ihn. Er wußte das allerdings so geschickt zu verbergen, daß es selbst vielen seiner näheren Freunde niemals aufgefallen war; seine Eitelkeit hatte also nicht darunter zu leiden gehabt, aber es war doch sein geheimer Kummer, weil ihn eben diese körperliche Eigentümlichkeit zur Wahl eines anderen Berufes, als er ihn ersehnt, bestimmt hatte.

Er hatte sich in das Unabänderliche gefunden und hatte sich auch wirklich nicht zu beklagen. Eine glänzende Zukunft lag vor ihm im hellsten Sonnenlichte. Durch seine hohe Geburt, durch sein unermeßliches Vermögen, seine einnehmende Persönlichkeit, seinen klaren Verstand, seine ernsthafte Bildung, seine Gewandtheit im Verkehr war er zu den höchsten Ehren berufen. er war zu einem künftigen Botschafter wie geschaffen.

Er lebte ein lustiges Leben, wie es jungen Leuten seines Alters und seiner sozialen Stellung von keinem vernünftig Denkenden verübelt wird. Bisweilen verschwand er spurlos aus dem Kreise seiner Freunde. Neugierige forschten vergeblich nach seinem Verbleib. Er hatte eine bestimmte Art, sich alle Fragen danach zu verbitten. Man merkte ihm an, daß er in dieser Beziehung keinen Spaß machte und auch keinen Spaß duldete.

Als er im Dezember 1878 Berlin verließ und nach der Gesandtschaft im Haag versetzt wurde, wurden ihm aus hellen und dunkeln Augen, unverhohlen und im geheimen, viel Tränen nachgeweint. Und ihm selbst wurde es schwer, aus Berlin wegzugehen.

Im Hochsommer des Jahres darauf erneuerte er in Scheveningen die Bekanntschaft des Fürsten Engelbert von Sychhof und der Fürstin Karola und lernte die entzückende Prinzessin Alix kennen.

Alix war damals sechzehn Jahre alt. Sie war bildhübsch; die Blüte der Jungfräulichkeit hatte sich eben aus der Knospe der Kindheit herausgeschält. Alles an ihr war Frische, Lieblichkeit, Duft. Ihren Bewegungen haftete mitunter zwar noch eine gewisse ungelenke Unbeholfenheit der Kindheit an, aber es hatte etwas Rührendes, Anmutiges. Alles, was jung ist, ist eben hübsch. Jedermann der mit ihr sprach, und den der gerade frohe Blick aus diesen blauen Augen traf, nahm unbewußt einen lächelnden Ausdruck an. Sie hatte weiches, volles hellkastanienbraunes Haar. Ihr vornehm geschnittenes Gesicht hatte die frische Farbe der vollsten Gesundheit. Sie errötete leicht, sie ärgerte sich jedesmal darüber, wenn sie spürte, wie ihr das Blut in die Wangen schoß; dann glühte sie erst recht wie eine Rose, und dann lachte sie sich aus.

Ulrich verliebte sich in das reizende Kind mit voller reiner Leidenschaft.

Er liebte zum erstenmal, wie es ihm jetzt erst bewußt wurde. Es fiel ihm wie Schuppen von den Augen. Jetzt erst, da die Liebe sein Herz durchglühte, die wahre, die einzige — jetzt erst erkannte er, daß er sich über die Natur seiner früheren Neigungen vollkommen getäuscht hatte — auch jener einen, die ihm die teuerste und, vor der Welt tief verborgen, sein beglückendes Geheimnis geblieben war. Unwillkürlich hatte er vor sich und jener anderen doch ein bißchen Komödie gespielt, hatte weniger gegeben, als vielmehr dankbar erwidert und sich zur Rechtfertigung seiner Handlungen gedrungen gefühlt, seine Empfindungen zur Liebe aufzubauschen.

Alix, und immer Alix, und nur Alix!

Er dachte nur an sie, er fühlte nur für sie, es trieb ihn gewaltsam in ihre Nähe; war er nicht bei ihr, hörte er ihre Stimme nicht, konnte er ihr nicht in das unergründliche, strahlende blaue Auge sehen, dann fehlte ihm das beste, dann war es öde und trübe um ihn, und ein mächtig treibendes Verlangen, eine unbezwingliche Unruhe arbeitete in ihm. Und sie schien von alledem nichts zu ahnen, sie war im Verkehr mit ihm harmlos, unbefangen, reizend — ja bezaubernd. Aber so war sie wohl auch mit anderen?

(Fortsetzung folgt.)

Das Selbstbestimmungsrecht im Elsaß.

Als nach dem deutschen Zusammenbruch hinter dem zurückmarschierenden Heere der deutschen Frontruppen der Feind die nunmehr ungeschützten Grenzen des Reiches überflutete und bis zum Rhein vorstieß, ging das Elsaß dem deutschen Volke verloren. Die Brücken, die den Fluß der Rheinischen Ebene überspannten, zerbrachen; und willenlos, unter dem Zwange einer nichterwarteten Niederlage, ließ sich das elsässische Volk dem Einheitsstaate Frankreich einverleiben. Für Deutschland waren damit 48 Arbeitsjahre fruchtlos vergangen; und die deutsche Sehnsucht, das Elsaß als selbständigen Bundesstaat auch innerlich völlig zu gewinnen, die mit einem glücklichen Ausgange des Weltkrieges verwirklicht werden konnte, endete im Chaos der Selbstaufgabe. Aber auch das Elsaß wurde durch die glatte Annektierung am 48 Jahre seiner Entwicklung betrogen; und zu spät merkte das elsässische Volk, daß es durch die widerspruchslose Hinnahme seiner Einverleibung in das zentralistische Frankreich im Grunde auf das verzichtet hatte, was es so zäh der deutschen Staatlichkeit gegenüber behauptet hatte: auf das Selbstbestimmungsrecht und die politische Sonderheit seiner Landschaft.

Wir wissen, daß das Problem des Elsaß im Friedensvertrage von Versailles nicht gelöst wurde, da daß es als französisch-elsässisches Problem erst jetzt in das kritische Stadium eingetreten ist. In der Erklärung zur Bekämpfung seines Widersachers schrieb einst Jakob Wimpheling: „Nicht sehr bekümmern wir uns um den Namen unseres Vaterlandes. Aber daß unsere Väter, Großväter und Urgroßväter, unsere Vorfahren und Ahnen Deutsche oder Alemannen gewesen sind, daß sie deutsch gesprochen, deutsche Sitten gehabt haben, das ist uns lieber, als daß wir von den Galliern abstammen sollen." Und in diesen klaren Sätzen ist das elsässische Problem gefaßt. Aber war es damals zur Zeit Jakob Wimphelings möglich, sich nicht um den Namen des Vaterlandes zu bekümmern, weil der Machtstaat, in dessen Verbande man nun einmal leben mußte, die Sonderstellung der elsässischen Landwirtschaft, Sprache und Kulturverbindung nicht anzutasten wagte, so wird dem Elsässer heute die gleiche Lage zum unerträglichsten Zwang, weil Muttersprache, Kultur und Wirtschaft in ihren Voraussetzungen bedroht sind. Die Elsässer merken diese Gefahr und sie wären trotz der augenblicklichen französischen Staatlichkeit nicht echten alemannischen Stammes, wenn sie die Päße der Vogesen nicht mit der altbewährten Zähigkeit gegen die französische Bourgeoisie verteidigen würden.

Schon ist zu spüren, wie der Kampf um die Selbständigkeit des elsässischen Kulturgebietes gegen die Verwelschung sich immer mehr verschärft. Und aus den sanfteren Reden der Députés in der Pariser Kammer läßt sich die verbissene Stimmung der Menschen zwischen Wasgau und Rhein deutlich erraten. Denn es geht nicht nur um Muttersprache und Kultur, es geht ebenso sehr um die Wirtschaft der Heimat. Das wissen die Elsässer genau und sie wissen auch, daß das Elsaß den Elsässern gehört, seit das Selbstbestimmungsrecht der Völker proklamiert wurde. Der Siegestaumel auf dem Straßburger Kleberplatz mit der Maskerade der befreiten Elsässerin ist verrauscht, und der Elsässer vergleicht nüchtern das Gegenwärtige mit dem Vergangenen, und da will ihm bei aller eigenbrödlerischen Einstellung gegen das Vergangene auch das Gegenwärtige gar nicht gefallen, weil es der eigenen Wirtschaft und Lebensform radikal widerspricht. 50 Jahre einer gewaltigen wirtschaftlichen Entwicklung lassen sich nicht auslöschen. Der Elsässer fühlt sich beengt, weil ihm der Spielraum nach Osten fehlt, weil ihm der Weg über den Rhein versperrt wurde. Doch der Zeiger seiner Wirtschaft zeigt ebensowenig nach Westen, wie der Zeiger seiner Kultur. Und es ist unmöglich, den Zeiger zu drehen, ohne die Wirtschaft zu zerbrechen. Darum wird der Kampf um die Verwirklichung des Wortes: Das Elsaß den Elsässern von dem kulturellen Gebiete notwendig auf das wirtschaftliche und politische Gebiet übergreifen müssen. Und von dem Ergebnis dieses politischen Kampfes wird in gleicher Weise der Bestand der elsässischen Kultur und der elsässischen Wirtschaft abhängen, deren Entwicklung immer bestimmter wurde in dem großen Zusammenhange mit dem Mutterlande jenseits des Rheins.

Die Muttersprache läßt sich nicht aus dem Herzen reißen. Aus ihr wachsen die Erinnerungen. Und der Wille eines selbständigen Volkes, das Schicksal und die Wirtschaft seines Landes selbst zu bestimmen.

Obstruktion in Genua.

Belgisch-französische Extratouren.

Die Antwortnote der Alliierten ist am Dienstag den Russen übersandt worden mit dem Vorbehalt der nachträglichen Zustimmung der französischen und belgischen Regierung.

Die Uebermittlung der Note an die russische Delegation sollte bereits vor zwei Tagen erfolgen, war jedoch durch die Obstruktion der französischen und belgischen Delegierten verzögert worden. Zuerst hatte der belgische Delegierte Jaspar gegen die Bedingungen für die Rückgabe des nationalisierten Privatbesitzes Einspruch erhoben. Als Lloyd George abstimmen ließ, blieb der belgische Vertreter mit seiner Stimme allein. Großbritannien, Italien, Japan, Polen, Rumänien, Schweden und die Schweiz waren mit dem Wortlaut, den der Unterausschuß ausgearbeitet hatte, einverstanden, auch Barthou hatte durch sein Schweigen seine Zustimmung gegeben. Am folgenden Tage sollte die Beratung fortgesetzt werden, die Belgier waren jedoch nicht erschienen. Jetzt verweigerte auch Barrere, der nach der Abreise Barthous als führender Vertreter Frankreichs an den Kommissionsberatungen teilnahm, die Unterzeichnung des Schriftstücks, indem er sich dem belgischen Einspruch anschloß. Gleichzeitig teilte er ein Telegramm der französischen Regierung mit, wonach er den Bedingungen der Denkschrift an die Russen nicht zustimmen solle, bevor nicht das französische Ministerium durch Barthou davon Kenntnis erhalten habe. Nach langen Debatten gab Barrere zu, daß das Dokument doch überreicht werde, jedoch mit dem Vorbehalt, daß die endgültige Zustimmung Frankreichs von dem Eintreffen der Weisung der französischen Regierung abhängig gemacht werde. In dieser Form wurde das nur von de Facta unterzeichnete Schriftstück den Russen übergeben.

Poincaré läßt Barthou fallen.

Die Pariser Presse fällt wütend über Barthou her, daß er den belgischen Bundesgenossen im Stich gelassen habe. Sie folgt damit den Weisungen, die ihr von dem Ministerpräsidenten selbst gegeben worden sind. Er hat nämlich vor den Pariser Pressevertretern Erklärungen abgegeben, die über die zwischen ihm und Barthou bestehenden Meinungsverschiedenheiten keinen Zweifel lassen. Der Ministerpräsident hat Barrere ausdrücklich aufgefordert, das Einverständnis mit Belgien, namentlich in der Frage des fremden Eigentums, aufrecht zu erhalten, da er Barthous Versuche, Belgien umzustimmen, statt zu unterstützen, mißbillige. Poincaré hob in diesem Zusammenhang hervor, daß die französische Regierung sich, falls die Zustellung der Denkschrift vor Eintreffen der Weisungen Poincarés erfolgt sein sollte, dadurch nicht gebunden fühlt.

Vor Barthous Rücktritt.

Nach der unzweideutigen Desavouierung der französischen Delegation durch Poincaré ist an eine Rückkehr Barthous nach Genua nicht mehr zu denken, zumal Barthou vor seiner Abreise dem Sonderberichterstatter des „Matin" erklärt hat, er werde nur im vollkommenen Einverständnis mit dem Ministerrat, nach völliger Billigung seiner bisherigen Verhandlungen und mit dem ihm vom Ministerrat ausgesprochenen Vertrauen auf seine zukünftige Tätigkeit nach Genua zurückkehren.

Selbstverständlich handelt es sich nicht um einen offenen Konflikt zwischen Poincaré und Barthou, denn letzterer hat in Genua nur die Weisungen der Pariser Regierung befolgt. Der Gegensatz zwischen dem Kabinett und der Delegation ist vielmehr künstlich konstruiert zu dem Zwecke, die Arbeiten der Konferenz zu sabotieren.

Die Sanktionskonferenz.

Ultimative Vorschläge Lloyd Georges.

Der Kampf um die Einberufung der Sanktionskonferenz ist immer noch nicht entschieden. Der englische Ministerpräsident hält diesmal mit einer erstaunlichen Zähigkeit an seiner Absicht fest, daß die Zusammenkunft der alliierten Regierungshäupter noch vor Ende Mai in Genua stattfinden soll. Poincaré dagegen weigert sich ebenso hartnäckig, vor dem 31. Mai an einer Besprechung der Sanktionsfrage teilzunehmen. Der Gegensatz zwischen Frankreich und England verschärft sich infolgedessen von Tag zu Tag, so daß man in Genua bereits einen offenen Bruch zwischen Lloyd George und Poincaré befürchtet.

Die nationalistische Liberté will von ihrem Sonderberichterstatter in Genua erfahren haben, daß Barthou nach Paris Vorschläge Lloyd Georges mitgenommen habe, die nahezu einem Ultimatum gleichkämen. So habe der englische Premierminister gedroht, wenn Frankreich den Widerstand in der russischen Frage fortsetze, England gesondert mit den Sowjetdelegierten verhandeln werde. Eine Weigerung Frankreichs, an einer Konferenz der Signatarmächte vor dem 31. Mai teilzunehmen, müsse als ein Bruch betrachtet werden. Frankreich stehe nunmehr vor der Alternative: Politische Isolierung oder aber Unterwerfung unter die Politik Lloyd Georges.

Der französische Standpunkt.

Poincaré scheint diese Drohungen nicht besonders ernst zu nehmen; denn er läßt wieder durch Havas erklären, daß er eine Zusammenkunft des Obersten Rates gegenwärtig nicht für angebracht halte. Nach Auffassung der französischen Regierung müsse man den Versailltag vom 31. Mai und die Entscheidung abwarten, die der Reparationsausschuß im Falle der Feststellung einer absichtlichen Verfehlung Deutschlands gegenüber seinen Verpflichtungen treffen wird. Poincaré ist außerdem der Ansicht, daß jeder Meinungsaustausch über die Sanktionen, die eventuell ergriffen werden könnten, unter den gegenwärtigen Umständen zwecklos ist. Eine Debatte über den deutsch-russischen Vertrag von Rapallo und seine politischen und wirtschaftlichen oder sogar militärischen Folgen scheint dem französischen Ministerpräsidenten verfrüht. Er ist der Ansicht, es sei besser, die vollständigen und endgültigen Ergebnisse der Konferenz von Genua abzuwarten.

Der englische Reparationsplan.

Herabsetzung der Reparationssumme auf 45 Milliarden.

Nach einer Meldung der Londoner „Daily News" bringt Barthou einen neuen Plan Lloyd Georges zur umfassenden Regelung der interalliierten Kriegsschulden und der Reparationen nach Paris, wonach die Reparationssumme auf 45 Milliarden herabgesetzt werden soll.

Dieser Plan sei in der Hauptsache von Sir Basil Blackett entworfen und sehe vor, daß der Reparationsbetrag zunächst auf 110 Milliarden festgesetzt werde (wobei die bisher geleisteten Reparationszahlungen die Herabsetzung von 132 auf 110 Milliarden erklärten) und daß er in zwei Kategorien geteilt werde, die eine von 65 Milliarden und die andere von 45 Milliarden. Die erste Zahl bilde die Gesamtsumme der **interalliierten Schulden** und werde vorläufig **vollkommen beiseite gestellt** werden. **Von Deutschland würde nicht verlangt werden, daß es irgendwelche Zahlungen zur Begleichung dieser Forderung mache. Die übrigen 45 Milliarden würden den unmittelbaren Reparationsbetrag bilden.** Nach einer solchen Herabsetzung der Reparationssumme könne Deutschland eine internationale Anleihe aufnehmen, die etwa die Zahlungen für die nächsten fünf Jahre decke. Die Annahme dieses Planes würde das gesamte Reparationsproblem auf eine vollkommen neue Grundlage stellen.

Der Berichterstatter der „Daily News" fragt, ob Frankreich eine so vernünftige Entscheidung annehmen werde, und stellt folgende Erwägungen an: 1. Unmittelbar vor Genua erklärte Großbritannien, daß die Vereinbarung bezüglich des Erlasses der Zinsen für den von Frankreich Großbritannien geschuldeten Betrag jederzeit zu Ende gehen könne. Nach Ansicht des Berichterstatters der „Daily News" könne das Moratorium jedoch, wenn Frankreich den neuen Plan Lloyd Georges annehme, fortdauern. 2. Frankreich brauche dringend Bargeld. Wenn die unmittelbare Verpflichtung Deutschlands auf 45 Milliarden herabgesetzt würde, so würde es möglich sein, eine internationale Anleihe aufzunehmen, von der der größte Teil an Frankreich gehen würde in der Gestalt von Vorzugszahlungen auf Reparationen für 4 oder 5 Jahre. 3. Während Frankreichs Reparationsanteil jetzt 52 Prozent betrage, bestehe Grund zu der Annahme, daß, wenn der Plan gebilligt werde, Großbritannien das eine Stabilisierung Europas für einträglicher halte als Reparationen, einer Vergrößerung des französischen Anteils auf Kosten Großbritanniens zustimmen würde.

Die Neuregelung der Gehälter.

Noch keine endgültige Einigung mit den Beamten.

Die Verhandlungen der Reichsregierung mit den Vertretern der Beamtenorganisationen über die neue Aufbesserung der Gehälter haben nur zu einer teilweisen Einigung geführt. Indes ist der Unterschied zwischen den beiderseitigen Auffassungen nicht so groß, daß nicht doch noch eine Uebereinstimmung herbeigeführt werden könnte.

Im Laufe der Verhandlungen näherten sich die Vorschläge aber so weit, daß zwischen dem Angebot der Regierung und den Forderungen der Organisationen nur noch ein Unterschied von 1000 Mark für das Jahr und jeden Beamten aller Besoldungsstufen vorhanden war.

Das letzte Angebot der Regierung ging dahin, den allgemeinen Teuerungszuschlag von 30 Prozent auf 62 Prozent und den bestehenden Sonderteuerungszuschlag von 3000 auf 5500 Mark zu erhöhen, während die Organisationen den letzten Betrag auf 6500 Mark erhöht wissen wollten.

Die Zugeständnisse der Regierung hätten einen jährlichen Mehraufwand von 46 Milliarden Mark betragen, nachdem erst am 1. April für den gleichen Zweck 50 Milliarden Mark bewilligt worden sind. Die Regierung glaubte damit den gegenwärtigen Teuerungsverhältnissen in dem erforderlichen Umfang Rechnung getragen zu haben. Weiter glaubte die Regierung bei der schwierigen Finanzlage und den sonst zu übenden Rücksichten nicht gehen zu können.

Die Wirkungen der neuen Gehaltsaufbesserung.

Welche Wirkungen das Angebot der Regierung auf das Gehalt des einzelnen Beamten gehabt hätte, ist daraus zu sehen, daß sich beispielsweise die Gehaltsbezüge eines Postschaffners in der dritten Gehaltsstufe, etwa im Alter von 32 Jahren, in Berlin um folgende Beträge erhöht hätte: als Lediger von 33 520 auf 43 160 Mark, also um 9640 Mark, als Verheirateter mit zwei Kindern (durchschnittliche Kinderzahl) von 43 820 auf 55 560 Mark, also um 11 740 Mark. Gemessen an diesem Gesamteinkommen bedeutet der von den Organisationen geforderte Mehrbetrag von jährlich 1000 Mark für den einzelnen Beamten eine verhältnismäßig geringe Summe, während die finanzielle Auswirkung mit über 4 Milliarden Mark angesichts der gegenwärtigen Lage des Reiches unerträgliche Folgewirkungen auslösen könnte.

Die Regierung, die die Notlage der Beamten in vollem Maße anerkannt hat, will mit größter Beschleunigung die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um die Entscheidung der zuständigen gesetzgebenden Faktoren herbeizuführen. Das Reichskabinett wird zu diesem Zwecke sich sofort mit der Angelegenheit befassen.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 4. Mai 1922.

— Einer der bekanntesten Führer des deutschen Heeres im Weltkriege, General der Artillerie Max v. Gallwitz feierte in Freiburg i. Br. seinen 70. Geburtstag.

— Der bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld ist zum Besuch des badischen Staatspräsidenten in Karlsruhe eingetroffen.

— Die sächsische Zentrumspartei hat sich dem Antrag der Rechtsparteien auf Einleitung eines Volksbegehrens zur Auflösung des Landtages angeschlossen.

— Der Thüringer Landeskirchentag erklärte den 31. Oktober einmütig zum Kirchenfeiertag für Thüringen.

*

:: **Die Entente-Kommissionen in Deutschland.** Nach der Anzahl der Ausweise, welche die Paßstelle auf Antrag der Alliierten ausgestellt hat, zählen die Kontrollkommissionen, die Vertretungen der Reparationskommission und des Garantiekomitees, die Restitutionskommission in Wiesbaden, die Kohlenkommissionen, die Kommissionen zur Nachforschung nach Vermißten, die einige Mächte auffallenderweise immer noch unterhalten, und die Kriegsgräberkommission der Engländer zusammen 2375 Mitglieder, wobei die Grenzregelungs-Kommissionen nicht einbegriffen sind. Die Oberschlesische Plebiszitkommission in Oppeln zählt etwa 400 zivile Angehörige neben den Militärpersonen. Eine nicht vollständige Zusammenstellung der Kosten für die Kommissionen ohne die oberschlesische ergibt bereits einen monatlichen Aufwand von über 57 Millionen Mark, 120 000 französische Franken und 700 000 belgischen Franken. Der Anteil der an der „Ueberwachung" Deutschlands beteiligten Personen ist sehr verschieden hoch. So zählt man

Amerikaner, 305 Belgier, 714 Engländer, 954 Franzosen, 205 Italiener, 26 Japaner, 34 Polen, 80 Rumänen, 28 Serben und — 2 Monegassen; die übrigen Kommissionen sind da nicht einbegriffen.

:: **Der Kehler Brückenkopf teilweise geräumt.** Nach den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages wird die Rheinhäfen von Kehl und Straßburg auf Dauer von 7 Jahren eine Betriebseinheit, deren Verwaltung von einem von der Rheinschiffahrtszentralkommission bestellten Direktor, französischer Staatsangehörigkeit, geleitet wird. Außerdem mußte der Hafen von Kehl eine Freizone eingerichtet werden, die von den Franzosen zu einem Brückenkopf mit französischer Besatzung ausgebaut wurde. Wie die „Offenburger Zeitung" mitteilt, sind die französischen Truppen jetzt aus einem Teil des Brückenkopfgebiets Kehl abgezogen worden. Der bisherige örtliche Wachdienst in den betreffenden Gemeinden ist durch Polizeidienst ersetzt worden. Der Grund der Maßnahme ist unbekannt.

:: **Die Untersuchung gegen Minister Dr. Hermes.** Der Reichstagsausschuß, der die Untersuchung gegen Reichsminister Dr. Hermes führt, trat nach der öffentlichen Verhandlung, in der das Beweismaterial in bezug auf Weinlieferungen und Zuckerzuweisung vorgetragen wurde, in eine vertrauliche Beratung ein. Mit Rücksicht darauf, daß noch während der Sitzung weitere Akten des Reichsernährungsministeriums eingegangen sind, die die einzelnen Mitglieder noch durchsehen müssen, wurde die Vertagung der Verhandlung beschlossen. Die nächste Sitzung wird voraussichtlich Mitte Mai stattfinden.

:: **Milderung der Strafbestimmungen für Teilnehmer am Eisenbahnstreik.** Nach dem Eisenbahnerstreik hatte der Reichsverkehrsminister für alle diejenigen Beamten, die sich an dem Streik beteiligt hatten, besondere Verfügungen erlassen, die in der Hauptsache darauf hinausliefen, alle an dem Ausstand Beteiligten von Prüfungen oder Beförderungen zu höheren Aemtern so lange auszuschließen, bis die Disziplinarverfahren abgeschlossen seien. Nach Besprechungen mit der neuen Gewerkschaft Deutscher Reichsbahnbeamter hat Minister Groener jetzt zugesagt, daß er eine Milderung dieser Bestimmungen eintreten lassen wolle. Die mit einem Disziplinarverfahren behafteten Beamten sollen nunmehr wieder zu Prüfungen und Beförderungen zugelassen werden, deren Wirkungen mit dem Augenblick in Kraft treten, in dem die schwebenden Verfahren ihre Erledigung zu Gunsten der Angeschuldigten finden.

:: **Blutige Arbeiterdemonstrationen in Berlin.** In Berlin demonstrierten die städtischen Arbeiter gegen die Ablehnung des letzten Schiedsspruches durch die Stadtverordnetenversammlung vor dem Rathause. Obwohl die Arbeiter dem Polizeipräsidenten zugesichert hatten, nur einen Umzug zu veranstalten, sammelten sie sich in dichten Massen vor dem Rathause. Schließlich versuchten die Demonstranten die Postenkette zu durchbrechen und in das Rathaus gewaltsam einzudringen. Die Schutzpolizei, die in Stärke einer Hundertschaft zu Fuß und einer berittenen Hundertschaft zur Stelle war, mußte, da alle Aufforderungen, den Platz zu räumen, erfolglos blieben, mit aufgepflanztem Bajonett und gezogenen Säbeln eingreifen. Dabei wurden etwa 10 Personen verletzt. Ein Straßenbahner forderte die Massen auf, sofort in den Streik einzutreten. Auch sonst machten sich überall gewisse Elemente bemerkbar, die zum Streik hetzten. Die Verwundeten wurden ins Rathaus getragen und einigen von ihnen mußten Krankenhäusern zugeführt werden. Sie sind teils durch Säbelhiebe, teils durch Fußtritte verletzt worden. Es sind insgesamt 10 Personen festgenommen worden, die teils den Straßenbahnern die Kurbeln weggenommen, teils die Polizeibeamtenschaft beschimpft hatten.

:: **Schuldfrage und Eisners Dokumente.** In dem Münchener Kriegsschuldprozeß gab der Vertreter des Klägers Fehrenbach, des einstigen Privatsekretärs des ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten Eisner, folgende bedeutsame Erklärung ab: „Wenn Kurt Eisner alles das bekannt gewesen wäre, was heute den Sachverständigen bekannt ist, so würde er sein Urteil in der Schuldfrage in wesentlicher Weise rektifiziert haben. Er würde Eisner für den größten Schurken halten, wenn er nicht sicher wäre, daß Eisner Deutschland fortab nicht mehr für schuldig im Sinne des Versailler Schuldspruches halten würde."

Rundschau im Auslande.

:: Der Gesundheitszustand des südslawischen Ministerpräsidenten Paschitsch, der bekanntlich einen Automobilunfall erlitt, hat sich verschlimmert.

:: Nach einer Havasmeldung aus Peking ist die Uebergabe der gesamten Schantung-Eisenbahn an die Chinesen durch die Japaner am Sonntag vollzogen worden.

Frankreich: Englisches Monopol für russisches Petroleum.

:: In einer Unterredung mit französischen Pressevertretern wandte sich Poincaré gegen die „Ueberhastung", mit der in Genua ernste Probleme gelöst werden. Poincaré äußerte weiter die Befürchtung, daß Englands Haltung in der Frage des fremden Eigentums durch die Hoffnung auf Erlangung früherer französischer und belgischer Konzessionen (!) zu erklären sei. Es handelt sich besonders um kaukasisches Petroleum, sowie um Konzessionen im Donez-Gebiet, in Odessa und Petersburg, die von den Bolschewisten angeblich englischen und deutschen Unternehmern versprochen worden sind. Nach einer Pariser Meldung soll bereits ein Vertrag zwischen der Sowjetregierung und zwei englischen Petroleumgesellschaften abgeschlossen worden sein, durch den den englischen Firmen für fünf Jahre das Monopol für die Ausbeutung und den Vertrieb der Petroleumschätze Rußlands übertragen wird.

Italien: Besuch Tschitscherins im Vatikan?

:: In vatikanischen Kreisen wird das Gerücht bestätigt, daß Tschitscherin demnächst im Vatikan vom Papst Pius XI. und vom Kardinalstaatssekretär Gasparri empfangen werden würde. Mit Gasparri werde er über die Zulassung katholischer Missionare in Rußland verhandeln.

England: Reparationsdebatte im Unterhaus.

:: Durch die Anfragen des Abgeordneten Wedgwood wurde die englische Regierung aufgefordert, ihren Standpunkt in der Reparationsfrage darzulegen. Der Abgeordnete fragte erstens danach, wann die von Seiten der Reparationskommission Deutschland angebotenen provisorischen Zugeständnisse außer Kraft treten würden, falls Deutschland die daran geknüpften Bedingungen nicht annehme, ob zweitens in diesem Falle das Londoner Abkommen in Wirksamkeit trete und ob drittens die britische Regierung auf Grund dieses Abkommens zu irgend welchen militärischen Maßnahmen in Gemeinschaft mit Frankreich verpflichtet sei, die in London festgesetzten Zahlungen zu erzwingen. Minister Chamberlain erwiderte, die Antwort auf die erste Frage laute: Am 31. Mai, die zweite Frage sei mit Ja und die dritte mit Nein zu beantworten.

Soziales.

Konflikt im Bankgewerbe. Im Reichsarbeitsministerium fanden Nachverhandlungen über den zum Reichstarif im Bankgewerbe gefällten Schiedsspruch statt. Hierbei erklärten sich die Bankleitungen bereit, auf den Leistungszwang für Ueberstunden zu verzichten und eine Verbesserung der Teuerungszulage sowie eine bessere Regulierung der Bezüge für die weiblichen Angestellten vorzunehmen. Indessen mußten die Verhandlungen unterbrochen werden, weil die Arbeitgeber von den Verbänden verlangten, daß sich diese während der Tarifdauer jeder Agitation gegen die gesetzlich zugelassenen Ueberstunden enthalten sollten. Hiergegen sprachen sich die Organisationen entschieden aus und die Verhandlungen wurden daher auf Mittwoch vertagt. Die beteiligten Verbände verpflichteten sich, bis dahin von jeder Aktion abzusehen.

Aus Stadt und Land.

** **Hindenburgs Ostpreußenfahrt.** Hindenburg wird am 24. Mai in Allenstein einreisen und sich von dort aus nach Osterode begeben. Ferner sind u. a. vorgesehen Besuche in Marienburg am 31. Mai und Königsberg Anfang Juni.

** **Zum Streik in der süddeutschen Metallindustrie** wird mitgeteilt: Den Vorschlag des Reichsarbeitsministeriums, die wöchentliche Arbeitszeit zunächst auf 47 Stunden festzusetzen und darüber hinaus für alle Fälle, in denen betriebstechnische oder allgemeine wirtschaftliche Gründe Mehrarbeit erfordern, die Verpflichtung zur Leistung einer weiteren Arbeitsstunde anzuerkennen, haben die Arbeiterorganisationen als eine geeignete Grundlage zur Beilegung der Streitigkeiten anerkannt. Dagegen hat der Verband der Metallindustriellen Badens, der Pfalz und angrenzender Industriebezirke in Mannheim im Einverständnis mit den bayerischen und württembergischen Metallindustriellenverbänden den Vergleichsvorschlag abgelehnt.

** **Museumsdiebstahl in Brandenburg.** Ein bisher unbekannter Einbrecher stahl aus dem Brandenburger Museum die Bredowsche Kunstsammlung, die einen Wert von über 300 000 Mark besitzt. Darunter befindet sich u. a. eine Rembrandtsche Kreuzabnahme Christi.

** **Landarbeiterstreik in Lauenburg.** Im Kreise Lauenburg haben die dem Landarbeiterverband angehörenden Landarbeiter den vom Landbund abgeschlossenen Tarif abgelehnt. Auf 28 Gütern des Kreises wird gestreikt. Die technische Nothilfe ist eingesetzt.

** **Die Diebstähle auf der Danziger Werft.** Seit Jahren ist die Danziger Werft und auch andere Betriebe von ihren Arbeitern jährlich um Millionen an Metallen bestohlen worden. Hunderte von Arbeitern sind deswegen entlassen und der Staatsanwaltschaft übergeben worden. Dennoch dauerten die Unterschlagungen weiter fort. Die Kriminalpolizei stellte jetzt fest, daß waggonweise Diebstähle vorliegen. Als Hauptabnehmerin kommt eine Althändlerfirma A. Goldberg in Frage, bei der gestohlene Werte in Höhe von 650 000 Mark entdeckt wurden. Als Kuriosum sei bemerkt, daß diese Firma die gestohlenen Metalle wieder an die Werft zurückverkauft hat.

** **Acht Kühe und 53 Kälber verbrannt.** Durch Kurzschluß brach im Kuhstall des Gutes Schmedshagen Feuer aus, das schnell um sich griff. Alle Feuerwehren der Umgegend beteiligten sich an den Löscharbeiten. Ausschlaggebend war das Eingreifen der Stralsunder Motorspritze, die die angrenzenden Gebäude erfolgreich schützte. Mitverbrannt sind, soweit bis jetzt zu übersehen ist, 8 Kühe und 53 Kälber.

** **Todesschuß bei einer Wohnungsräumung.** In Reetz wurde bei einem Kampf mit einer Räumungskommission, die bei dem Gastwirt Schmallenberg auf Grund eines Gerichtsbeschlusses zwei Zimmer räumen sollte, der Gastwirt Schmallenberg von dem Polizisten erschossen.

** **Ein blutiges Eifersuchtsdrama** hat sich in Lampertheim im südlichen Hessen abgespielt. Der Tagelöhner Peter Klotz schnitt seiner Frau die Kehle mit einem Taschenmesser durch, so daß die Frau an Verblutung starb. Darauf versuchte Klotz, sich ebenfalls zu töten und fügte sich lebensgefährliche Verletzungen zu.

** **Schweres Eisenbahnunglück in Frankreich.** Durch eine Zugentgleisung sind in der Nähe von Bourges vier Reisende getötet und 30 verletzt worden. Mehrere Särge, die die Gebeine im Kriege gefallener Soldaten enthielten, wurden völlig zertrümmert.

** **Todesopfer bei italienischen Maifeiern.** In einigen Orten Italiens hat der 1. Mai einen blutigen Verlauf genommen. In der Provinz Padua gab es bei einem Zusammenstoß zwischen Sozialisten und Kommunisten zwei Tote und einen Schwerverletzten und in Savona blieb bei einem Streit ein Toter und ein Verletzte zurück.

** **Zwei Pariser Selbstmorde zu gleicher Zeit.** In Paris haben sich in der gleichen Stunde zwei Männer das Leben genommen, die beide den gleichen Beruf hatten: Der eine war ein Sekretär der Gesandtschaft von Chile, der andere Legationsrat der polnischen Botschaft. Beide Männer kannten einander nicht und ihre Taten haben nichts miteinander zu tun. Der junge Chilene ging aus dem Leben, weil er kein Geld mehr besaß, um nach seinem Geschmack weiter zu existieren; der Pole ist gestorben, weil sein Ehrgefühl durch einen Vorfall gekränkt war. Der Chilene wurde in einem der ersten Hotels der Avenue der Champs des Elysée sterbend gefunden, der Pole ein paar Hundert Schritt weiter auf einer Bank.

Gerichtssaal.

Nachspiel zum Grupen-Prozeß. Die beiden Gefangenen, die mit Peter Grupen aus dem Hirschberger Gefängnis flohen, sich aber am anderen Tage wieder freiwillig stellten, sind von der Strafkammer zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Erschwerend kam für ihre Verurteilung in Frage, daß die beiden mit einem bereits verurteilten Mörder das Weite suchten.

Ein Eisenbahnräuber zum Tode verurteilt. Der letzte der überlebenden Banditen, die vor einigen Wochen in dem Riviera-Expreßzuge Passagiere ausplünderten und einen Offizier erschossen, ist nach zweitägiger Verhandlung vom Pariser Schwurgericht zum Tode verurteilt worden. Es ist kaum daran zu denken, daß Präsident Millerand von seinem Begnadigungsrecht Gebrauch machen wird.

Volkswirtschaft.

Uebergang von Kriegsgesellschaften auf das Reich. Auf Grund des Gesetzes über die Abwicklung der Kriegsgesellschaften sind mit dem 30. April 1922 auf das Reich übergegangen: Reichskartoffelstelle G. m. b. H. i. Liqu. und Reichsgesellschaft für Obstkonserven und Marmeladen. Mit der Abwicklung der Geschäfte dieser Gesellschaften ist die Reichs-Kredit- und Kontroll-Stelle G. m. b. H. beauftragt worden.

Zuckerpreis und Zuckerversorgung. In diesen Tagen finden im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft unter Beteiligung von Vertretern der Länder weitere Besprechungen der Zuckerfrage statt. Seitens der Zuckerwirtschaftsstelle des Vereins der Deutschen Zuckerindustrie werden die Ursachen dargelegt werden, die zu den neuen Zuckerpreiserhöhungen geführt haben. Es handelt sich dabei, auch abgesehen von Verteuerung der Löhne, Kohlen usw., um zwingende Gründe, denen sich die Z. W. St. nicht entziehen konnte. Die Landwirte haben in Voraussicht der fortschreitenden Geldentwertung die Rüben fast nirgends zu festen Preisen abgeschlossen. Nur wenn sie ihre Rüben zu einem Preise verwerten können, der in angemessenem Verhältnis zum Kartoffel- und Getreidepreis steht, wollen sie sich zu einem Rübenanbau in dem bisherigen oder größerem Umfange verstehen. Die Z. W. St. hat von zwei Uebeln, höherer Preis oder Ausfälle der Erzeugung, das kleinere gewählt.

Berlin, 3. Mai. (Börse.) Die Tendenz der Börse war nicht einheitlich. In ungarischen und türkischen Anleihen sowie in Kaliwerten setzte sich die Aufwärtsbewegung fort. Auf den übrigen Gebieten dagegen bewegten sich die Umsätze in engen Grenzen, während die Kundschaft mit Effekten überlastet und daher kaum imstande ist, zuzukaufen, zieht sich auch die Spekulation immer mehr vom Geschäft zurück.

Berlin, 3. Mai. (Schlachtviehmarkt. Auftrieb: 1036 Rinder, 324 Bullen, 169 Ochsen, 543 Kühe, 2230 Kälber, 971 Schafe, 6249 Schweine, 104 Ziegen, 253 Schweine aus dem Memelgebiet. Preise für 1 Zentner Lebendgewicht: Ochsen 1600—2200, Bullen 1700—2200, Färsen und Kühe 1200—2400, Kälber 1400—3500, Schafe 1000—2000, Schweine 2500—3250 Mark. Verkauf glatt. Ausgesuchte Kälber wurden über Notiz bezahlt.

Sport und Verkehr.

Ein Rekord im Flugzeug. Der englische Aviatiker Blake hat einen Rekord aufgestellt. Er ist morgens aus London abgefahren, hat in Paris gefrühstückt und ist nach London zurückgekehrt. Eine Stunde später war er auf der Rückreise wieder unterwegs und traf schon zum 5 Uhr-Tee aufs neue in Paris ein. Das Abendessen hat er dann nach sofort ausgeführter Rückkehr in London eingenommen.

Lokales.

Gedenktafel für den 4. Mai.

1521 Luther wird auf Veranlassung Friedrichs des Weisen auf die Wartburg gebracht — 1776 * Der Philosoph Johann Friedrich Herbart in Oldenburg († 1841) — 1814 Ankunft Napoleons auf Elba — 1911 † Der Großreeder Adolf Woermann in Hamburg (* 1847) — 1915 Italien kündigt den Dreibundvertrag — 1921 Rücktritt der Regierung Fehrenbach — Allgemeiner polnischer Aufstand in Oberschlesien.

Schlußdienst.

Das Ergebnis der Würzburger Konferenz.

— **Berlin**, 3. Mai. Wie amtlich mitgeteilt wird, hat die Ende April in Würzburg stattgefundene Konferenz der Finanz- und Innenminister aller deutschen Länder zu Ergebnissen geführt, die den berechtigten Wünschen der Länder und Gemeinden insoweit Rechnung trägt, als die Finanzlage des Reiches es irgend gestattet. Der Finanzausgleich mit dem Reich soll in einer Weise ausgestaltet werden, die der Selbständigkeit und Selbstverantwortung der Länder und Gemeinden in höherem Maße Rechnung trägt, als das nach den geltenden Vorschriften des Landessteuergesetzes der Fall ist. Dabei ist der dringende Wunsch zum Ausdruck gebracht worden, es möchten in Zukunft reichsgesetzliche Maßnahmen vermieden werden, die den Aufgabenkreis der Länder und Gemeinden erweitern, ohne gleichzeitig für die Bereitstellung der erforderlichen Mittel Sorge zu tragen.

Annahme der Parlamentsbeschlüsse in Genua.

— **Genua**, 3. Mai. Nach drei Wochen Kommissionsberatungen trat die Konferenz heute zu der zweiten Vollsitzung zusammen. Die deutsche Delegation war vertreten durch Reichskanzler Dr. Wirth und den Minister des Aeußern Dr. Rathenau. An Stelle des nach Paris gereisten französischen Delegierten Barthou führt der französische Botschafter Barrere den Vorsitz der französischen Delegation. Präsident de Facta teilte in seiner Eröffnungsansprache mit, daß von den drei technischen Kommissionen zwei ihre Berichte vorgelegt haben, und zwar die Finanzkommission und die Verkehrskommission. Nach kurzen Ausführungen des Engländers Evans, des Italieners Schanzer, des Holländers van Karnebeck, des Schweizers Schultheß sowie der russischen und deutschen Delegierten Tschitscherin und Rathenau wurden die Beschlüsse der beiden Kommissionen angenommen.

Keine Abreise Lloyd Georges.

— **Genua**, 3. Mai. Alle Gerüchte über eine bevorstehende Abreise Lloyd Georges werden von der englischen Delegation energisch dementiert. Lloyd George soll geäußert haben, daß er so lange in Genua bleiben werde, bis die Konferenz das gewünschte Ergebnis zeitigt, auch wenn die Konferenz den ganzen Mai hindurch tagen sollte.

Ablehnung des Volksbegehrens in Sachsen.

— **Dresden**, 3. Mai. Der von der Deutschen Volkspartei und von den Deutschnationalen gestellte Antrag, ein Volksbegehren auf Auflösung des sächsischen Landtages zuzulassen, ist vom sächsischen Gesamtministerium abgelehnt worden mit der Begründung, daß die Vorschriften des Gesetzes nicht genügend eingehalten worden seien.

Die Kosten der Finanzverwaltung.

— **Berlin**, 3. Mai. Im Haushaltsausschuß des Reichstages trat der Reichsfinanzminister Dr. Hermes den ganz abenteuerlichen Gerüchten über die enorme Höhe der Kosten der Finanzverwaltung entgegen. Nach dem Haushaltsvoranschlag für 1922 betragen die Gesamteinnahmen der Steuerverwaltung rund 68 Milliarden Mark, die Gesamteinnahmen der Zollverwaltung rund 39 Milliarden Mark, also zusammen 107 Milliarden Mark. Die Verwaltungsausgaben betragen bei der Steuerverwaltung rund 2½ Milliarden Mark, bei der Zollverwaltung rund 1½ Milliarden Mark, also zusammen rund 4 Milliarden Mark, das seien demnach 3,8 Prozent der Gesamteinnahmen.

Exkaiserin Zita in Spanien.

— **Madrid**, 3. Mai. Exkaiserin Zita wird in einem der Königin-Mutter Christine von Spanien gehörenden, nahe Madrid gelegenen Schloß vorläufig Aufenthalt nehmen. König Alfons soll sich an die Könige von England und Italien sowie den Präsidenten Millerand gewandt haben, damit die Botschafterkonferenz die Nachfolgestaaten auffordere, über den Nachlaß des früheren Exkaisers eine Aufstellung zu geben.

Preußischer Landtag.

— Berlin, den 3. Mai 1922. —

Präsident **Leinert** eröffnet die Sitzung mit einem Nachruf auf den verstorbenen Abg. Hué (Soz.). Das Haus erhebt sich. Der Präsident teilt mit, daß der Verstorbene seit 1913 dem Abgeordnetenhaus und darauf der verfassunggebenden Landesversammlung angehört hat. Als Nachfolger des Verstorbenen ist die Abg. Frau Anna Lex-Dortmund (Soz.) eingetreten.

Der Präsident schlägt sodann vor, die heute auf der Tagesordnung stehende erste Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Feststellung des berichtigten Haushalts der Schutzpolizei für das Rechnungsjahr 1921 abzusetzen und zu verbinden mit der Beratung des Haushalts des Ministeriums des Innern.

Abg. **Katz** (Komm.) erhebt Einspruch und beantragt, die von seiner Partei eingebrachte Große Anfrage über die Vorgänge vor dem Berliner Rathaus gleichfalls heute zu beraten. Die Schutzpolizei habe sich so viel Vergewaltigungen zu Schulden kommen lassen, daß eine sofortige Besprechung unumgänglich ist. (Lebh. Zustimmung bei den Kommunisten.) Der Redner wird wiederholt vom Präsidenten ermahnt, zur Sache zu sprechen. Als er in seinen weiteren Ausführungen von dem „Blutpolizeihund Severing" spricht, wird er vom Präsidenten zur Ordnung gerufen.

Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte wird der kommunistische Antrag abgelehnt und beschlossen, die Große Anfrage wegen der Vorgänge vor dem Berliner Rathaus morgen in Verbindung mit dem Haushalt der Schutzpolizei zu behandeln. Die Kommunisten nahmen das Ergebnis der Abstimmung mit großem Geschrei und Pfuirufen auf.

Es folgt die zweite Beratung des Antrages Domnitzer (Dem.) auf Annahme eines Entwurfes über die Anwendung der Paragraphen 7 und 25 des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes vom 23. April 1906 in der Fassung der Novelle vom 26. August 1921. Es wird verlangt, das Soll der vom Staate veranlagten Realsteuern einschließlich der Betriebssteuern sowie das Soll der einzelnen Gewerbesteuerklassen in verschiedener Höhe belasten zu können. Soweit in Gemeinden eine Steuerart zu den Abgaben nicht herangezogen wird, soll das Steuersoll durch den Kreisausschuß veranlagt werden.

Abg. **Wallraf** (Dntl.) bringt Bedenken gegen diese Aenderung vor und beantragt Wiederherstellung der ursprünglichen Vorlage.

Das Gesetz wird in 2. und 3. Beratung in der Ausschußfassung gegen die Deutschnationalen angenommen.

Nach Erledigung einer Reihe von Eingaben tritt das Haus in die erste Beratung des Entwurfes zur Bestätigung der kirchlichen gesetzlichen Vorschriften der evangelischen Landeskirche zur vollen Ausnutzung des kirchlichen Vermögens für die Bedürfnisse der Pfarrbesoldung ein.

Nach kurzer Aussprache wird die Beratung abgebrochen. Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 12 Uhr: Etat der Schutzpolizei, Abstimmung zum Domänenetat.

Die
Buchdruckerei
Hugo Munzer • Spangenberg
empfiehlt sich zur Anfertigung aller Arten von
Drucksachen
als: **Formulare aller Art, Rechnungen, Briefbogen und Briefumschläge, Postkarten, Mitteilungen, Quittungen, Zirkulare, Preislisten, Aviskarten, Programme, Mitgliedskarten, Statuten, Diplome, Plakate, Einladungskarten, Verlobungs- und Vermählungskarten, Visitenkarten usw.**
Geschmackvolle Ausstattung ∴ ∴ Schnellste Lieferung

Acht junge
Gänse
verkauft
Kolbe, Schreiner
Elbersdorf

Die gegen die Ehefrau des Kriegsbeschädigten Konrad Schmidt ausgesprochene
Beleidigung
nehme ich hiermit zurück.
Frau Schuhmachermeister
Wilhelm Schmidt

Bohrfutter aller Art
liefern ab Lager
Wiethoff & Co. Cassel
Wolfschlucht 6 Fernspr. 3210

Salz
in Säcken, billig
Richard Mohr.

Zum Färben
werden alle Sachen angenommen
Emil Fischer, Färberei Eschwege
Annahmestelle
Sal. Spangenthal, Nachf. Spangenberg
Fernsprecher Nr. 18

L. Pfeiffer
Bankgeschäft,
Agentur Spangenberg
Vertreten durch Herrn Apotheker **M. Woelm.**
Postscheckkonto: L. Pfeiffer, Cassel Nr. 2155 Frankfurt a. M
Vermittlung aller bankmäßigen Geschäfte.
Scheckrechnungen
Zinssatz 3%
Depositen- (Spar-) Rechnungen
Zinssatz 3 bis 4% je nach Kündigung.

Ratten- und Mäuse-Vertilgungsmittel
Richard Mohr.

Ia. Sauerkraut
Richard Mohr

Alle Sorten Papierabfälle
wie **alte Zeitungen, Bücher, Akten etc.**
kauft laufend zu den höchsten Tagespreisen
Hess. Papier- u. Kartonnagen-Industrie
G. m. b. H.

Amtlicher Teil.

Streitigkeiten zwischen Vermietern und Mietern

unterliegen der Entscheidung des Kreismieteinigungsamts in Melsungen, die von den Beteiligten **unmittelbar** zu beantragen ist. Die städt. Wohnungskommission wirkt in solchen Fällen nur auf ausdrückliches Ersuchen des Kreismieteinigungsamtes mit.

Spangenberg, den 26. April 1922.

Der Bürgermeister,
Schier.

Wenden auf Landwegen beim Ackern.

Bei der Bestellung der Aecker werden die Landwege vielfach als Wendewege benutzt, was zur Beschädigung der Wegestrecken führt.

Ich mache darauf aufmerksam, daß dieses nach dem Straftarife für den Wegefrevler vom 2. März 1819, in welchem es heißt: „Wer dem Graben zu nahe ackert, durch denselben fährt oder mit dem Pfluge umwendet, erlegt usw." und nach § 10 des Feld- und Forstpolizeigesetzes vom 1. April 1880 (G.-S. S. 230) strafbar ist.

Melsungen, den 4. April 1922.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Ergänzung der Stadtverordnetenversammlung

Der Wahlvorstand hat in der öffentlichen Sitzung am 27. 4. 22 festgestellt, daß der verstorbene Stadtverordnete Johannes Jacob dem Wahlvorschlag Jacob angehörte und daß nach der Reihenfolge der Benennungen auf dem Wahlvorschlag der Bauunternehmer Hugo Sparschuh tritt somit in die Stadtverordnetenversammlung ein.

Spangenberg, den 1. Mai 1922.

Der Wahlvorsteher für die Stadtverordnetenwahl:
Schier, Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Wer am 1. April 1922 Vorräte von nachsteuerpflichtigen Leuchtmitteln im Besitz oder Gewahrsam hat, muß sie spätestens am 5. Mai 1922 bei dem Zollamt seines Bezirkes schriftlich oder zu Protokoll unter Angabe des Aufbewahrungsraumes, der Art (Kohlenfaden, Metallfadenglühlampen, Nernstbrenner, Brennstifte aus Reinkohle oder aus Kohle mit Leuchtzusätzen usw. Glühstrümpfe, Quecksilberdampfbrenner) und der Zahl (Stück), bei Brennstiften für elektrische Bogenlampen des Gewichtes anzumelden. Für elektrische Glühlampen, Quecksilberdampf und ähnliche elektrische Glühlampen einschließlich der Brenner, für solche ist ferner die Wattzahl, die der Gebrauchsspannung entspricht, oder, wenn diese nicht bekannt ist, die Art der Lampe (Kohlenfaden, Metallfadenlampen, Nernstbrenner usw.) und die Kerzenzahl anzugeben.

Leuchtmittel, die sich am 1. Mai 1922 unterwegs befinden sind vom Empfänger anzumelden, sobald sie in seinen Besitz gelangt sind.

Von der Nachsteuer sind befreit und bedürfen der Anmeldung nicht: Leuchtmittel, die vor dem 1. Mai 1922 bereits in regelmäßige Benutzung genommen oder aber für den eigenen Haushalt des Besitzers bestimmt sind.

Als Haushalt ist nur ein Privathaushalt natürlicher Personen anzusehen.

Die Hauptzollämter sind befugt, von der Erhebung der Nachsteuer abzusehen, wenn die anmeldungspflichtigen Vorräte an Leuchtmitteln auch teilweise nicht zur Veräußerung bestimmt sind und den eigenen Bedarf des Anmelders für einen Zeitraum von sechs Monaten nicht übersteigen. Wer auf Befreiung von der Nachsteuer Anspruch macht, hat dies bei der Anmeldung vorzubringen.

Cassel, den 19. April 1922

Landesfinanzamt
Abteilung für Zölle und Verbrauchssteuern.

Versteuerung des Schaumweins.

Vom 1. Mai 1922 ab unterliegt Schaumwein einer Abgabe (Weinsteuer) und zwar Fruchtschaumwein in Höhe zwanzig vom Hundert anderer Schaumwein dreißig vom Hundert des Steuerwerts. Der sich am 1. Mai in den Betriebsräumen von Herstellern oder Händlern befindliche Schaumwein ist vor Beginn des Tagebetriebes im Weinsteuerbuch Abteilung 4 Fruchtschaumwein und Abteilung 5 anderer Schaumwein und schaumweinähnliche Getränke einzutragen. Die bereits entrichtete Schaumweinsteuer wird auf die Weinsteuer angerechnet. Die Anrechnung erfolgt jedoch nur, wenn sie spätestens acht Tage nach dem Zeitpunkt, zu dem die vorhandenen Bestände im Weinsteuerbuch angeschrieben sind, bei dem zuständigen Zollamt unter genauer Angabe der Gattung des Schaumweines, sowie der Zahl und Größe der Umschließungen und der an den Umschließungen angebrachten Steuerzeichen beantragt wird.

Hauptzollamt.

Lagern von Gegenständen auf den Banketten der Landwege.

Die Bankette der Landwege werden zum Lagern von Gegenständen benutzt. Dies ist unzulässig und verkehrsstörend. Sollte eine solche Benutzung vorübergehend nicht zu vermeiden sein, so ist jedenfalls vorher meine Genehmigung einzuholen. Diese wird nur gegen Ausstellung eines Verpflichtungsscheines und gegen Zahlung einer Anerkennungsgebühr erteilt werden.

Melsungen, den 4. April 1922.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.